

Linke Vorbehalte gegen das AHV-Referendum

Sozialdemokraten und Gewerkschaften mucken gegen Vorentscheide ihrer Führungsgremien auf

Das am Mittwoch von SPS und Gewerkschaftsbund angekündigte Referendum gegen die 10. AHV-Revision hat im linken Lager einige Frauen und Männer nicht gut schlafen lassen. Die meisten unterziehen sich zwar dem

Beschluss, andere aber sagten am nächsten Morgen klar, dass sie den eingeschlagenen Weg falsch finden. Eine prominente Dissidente ist Nationalratspräsidentin Gret Haller, welche die Vorlage mitgeprägt hat.

■ VON VERENA THALMANN, BERN

Die Lancierung des Referendums sei «sozialpolitisch und frauenpolitisch verantwortungslos», sagt Gret Haller. Sie machte ihrem Ärger bereits am Mittwochabend am Fernsehen Luft. Im Rahmen der Vorberatenden Kommission des Nationalrats hatte sie mit der Zürcher FDP-Ratskollegin Lili Nabholz zusammen den entscheidenden ersten Entwurf für das Splitting erarbeitet. Damit würde eine effektive Solidarität zwischen Frauen und Männern hergestellt und erstmals die unbezahlte Arbeit honoriert, betont sie.

Gret Haller: Kein Sozialabbau

Natürlich hätte man das Rentenalter nicht hineinnehmen dürfen, sagt die Berner Sozialdemokratin. Aber es sei auch falsch, von Sozialabbau zu reden, wie das jetzt getan werde. In den nächsten zwölf Jah-

ren bringe die Vorlage nämlich gegenüber dem Status quo erhebliche Leistungsverbesserungen; in vielen Fällen bekämen die Frauen selbst dann mehr, wenn sie mit 62 Jahren zurücktreten würden und eine Rentenkürzung in Kauf nehmen müssten.

Gret Haller ist überzeugt, dass die «europaweit bahnbrechende Besserstellung der Frauen» ein zweites Mal nicht mehr erreichbar wäre, da die politische Polarisierung zugenommen habe. In der 11. Revision werde es vordringlich um die künftige Finanzierung und das Rentenalter gehen. Daraufhin müsse man sich ausrichten. Sie hofft daher, dass ein starker Verband mit einer guten Volksinitiative komme, um die Arbeiten entsprechend zu beeinflussen.

Auch Christiane Brunner hatte sich jahrelang für die Splittingidee eingesetzt. Sie teilt die Lagebeurteilung ihrer Parteikol-

legin, sitzt aber im andern Lager. Die SMUV-Präsidentin war im Präsidialausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) überstimmt worden: Dem Vernehmen nach haben Walter Renschler, Charly Pasche, Vasco Pedrina und Rita Gassmann das Referendum beschlossen und die designierte SGB-Kopräsidentin damit in eine schwierige Situation gebracht. Sie sagt, sie habe keine andere Wahl gehabt, als sich zu fügen.

Unmut auch bei Männern

Weniger Rücksichten nimmt Nationalrat Ernst Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Eisenbahnverbandes. Er rebelliert gegen das Referendum: «Ich stand dem Splitting früher skeptisch gegenüber und habe eingesehen, welchen Fortschritt es darstellt. Heute kann ich daher nicht sagen, wegen des Fehlentscheids beim Rentenalter lehne ich alles ab.»

Grüne und SKV suchen einen Ausweg

Volksinitiative(n) für geschlechtsneutrale Ruhestandsrente

Mindestens zwei Gruppierungen tragen sich gegenwärtig – unabhängig voneinander – mit dem Gedanken, eine Volksinitiative zum Rentenalter zu lancieren: die Grüne Partei der Schweiz und der Schweizerische Kaufmännische Verband. Schon ziemlich weit gediehen sind die Pläne bei den Grünen: Eine Arbeitsgruppe sei an der Arbeit, erklärte Parteipräsidentin Verena Diener: «Wir möchten die 10. AHV-Revision auf diesem Weg retten.» Vor allem das geschlechtsneutrale Rentensystem sowie die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, seien Errungenschaften, die nicht preisgegeben werden dürften.

Die Zürcher Grüne ist weniger über die «Gewerkschaftsmänner», die das Referendum erzwungen und eine Spaltung unter den Frauen bewirkt hätten. Sie habe in dieser Frage wiederholt den Kontakt zu den Gewerkschaften und Sozialdemokraten gesucht, sei aber immer wieder vertröstet worden. Das nunmehr geplante Volksbegehren sieht sie als Alternative für jene, die mit dem Referendum nicht einverstanden sind. Sie



Hofft auf ein breites Bündnis
Verena Diener, die Präsidentin
der Grünen. BILD KEYSTONE

hofft, eine möglichst breite Koalition dahinter scharen zu können, und denkt dabei beispielsweise an die Frauenorganisationen.

In der internen Diskussion habe die Idee einer Ruhestandsrente für Frauen

und Männer ab 62 Jahren am meisten Anklang gefunden. «Ich kenne so viele Männer, die dringend auf eine solche Möglichkeit angewiesen wären», unterstreicht Verena Diener. Sie hält es für durchaus denkbar, dass der entsprechende Text aus der hängigen AHV-Initiative von SPS und SGB übernommen würde. Dann könnte möglicherweise schon im November mit dem Sammeln der Unterschriften begonnen werden.

Auch der Schweizerische Kaufmännische Verband (SKV) suche nach einem Ausweg und werde die Möglichkeit einer Volksinitiative ernsthaft prüfen, sagt sein Zentralsekretär, der Berner Nationalrat Alexander Tschäppät. Es sei kaum anzunehmen, dass die SKV-Mitglieder, die fast zur Hälfte aus Frauen bestehen, dem Referendum zustimmen könnten. Aber das höhere Rentenalter komme ebenfalls nicht in Frage. Für die Initiative möchte Tschäppät mit der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA) zusammenspannen, die fast eine Viertelmillion Mitglieder zähle (vth)



Nationalratspräsidentin Gret Haller will das Rentensplitting und andere frauenfreundliche Neuerungen, die sie bei der 10. AHV-Revision wesentlich mitgeprägt hat, nicht aufs Spiel setzen. BILD RUTI

Dabei räumt Leuenberger ein, dass die Linke das Thema zu stark in den Vordergrund gerückt habe. Der Referendumsentscheid sei aber früher getroffen worden als geplant. Offenbar wollte der SGB dem Christlichnationalen Gewerkschaftsbund zuvorkommen und zog seinerseits die Sozialdemokraten mit. Und diesen bietet das Thema für den nächsten Herbst gute Wahlkampfmunition.

Der frühere SPS-Präsident Helmut Hubacher ist wütend, dass die Gewerkschaften mit dem Referendum vorgeprellt sind. Der langjährige Parlamentarier verhehlt nicht, dass er das Referendum verurteilt: «Nach meiner Erfahrung kommt die Chance nicht wieder», meint er. Als Beispiel erwähnt er die Mitbestimmung: Dem guten Gegenvorschlag des Parlaments, den die Partei damals verworfen habe, müsse sie heute noch nachtrauern.

Von der Idee, nach gewonnener Volksabstimmung über die 10. AHV-Revision eine Sondersession einzuberufen, um die Splittingvorlage ohne höheres Rentenalter nochmals verabschieden zu lassen, hält Hubacher nicht viel; die Bürgerlichen wüssten das schon zu verhindern. Aber der ehemalige Parteipräsident will nicht in die Gegenoffensive gehen und das Referendum aktiv bekämpfen.

Ähnlich reagieren eine Reihe von SP-Frauen im Parlament. Die Schaffhauserin Ursula Hafner meint, sie müsse als Vizepräsidentin der Partei den Entscheid eben mittragen. Andere sind noch unentschieden oder wollen sich nicht exponieren. In der Schlussabstimmung zur 10. AHV-Revision am Sessionsende Anfang Oktober wird sich zeigen, wie stark die Vorbehalte bei der Linken gegen das Referendum sind.